

1 Einreicher: Ortsverein Französisch Buchholz (Landesverband Berlin)

2

3 Titel: Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft

4

5 Ziel der SPD ist ein Politikwechsel im Bund, um die Große Koalition zu beenden, daher wird  
6 zur Bundestagswahl 2017 die Bildung einer von ihr geführten Bundesregierung in einer  
7 Koalition mit Bündnis 90/die Grünen und der Partei die Linke forciert.

8

9

10 Begründung:

11 Wie kann unsere Arbeitswelt angesichts der Disruption traditioneller Arbeitsverhältnisse durch  
12 neue technischen Entwicklungen sozialgerecht entwickelt werden?

13 Wie ist es auch in Zukunft möglich, für alle Menschen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

14 Wie können wir für unterschiedliche Lebensmodelle einen gerechten gesellschaftlichen Rahmen  
15 gestalten?

16 Wie schaffen wir es, dies alles gerecht zu finanzieren?

17

18 Schaffen wir es, die Wirklichkeit menschlich zu gestalten?

19

20 Der nach der Bundestagswahl 2013 mit der Union geschlossene Koalitionsvertrag ermöglichte die  
21 Umsetzung von Teilen der von uns angestrebten Reformen. In vielen anderen Punkten war mit der  
22 Union jedoch kein zukunftsgerichteter Konsens zu erzielen. Dies betrifft insbesondere die soziale  
23 Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen für alle, Gleichstellung alternativer Lebensformen, sowie  
24 Erbschafts- und Vermögenssteuerreform. Um unsere SPD-Programmatik tatsächlich umsetzen zu  
25 können, brauchen wir neue Bündnispartner. Dies ist nach unserer Überzeugung derzeit nur in  
26 einem breiten Linksbündnis möglich, da nur die Parteien links der Mitte unsere Ziele einer  
27 nachhaltigeren und sozial gerechteren Gesellschaft teilen.

28

29 Sicher sind auf dem Weg zu einer Links-Mitte-Regierung für alle beteiligten Hindernisse zu  
30 überwinden: Zum Beispiel ein klares Bekenntnis zur NATO Mitgliedschaft. Auch bezüglich des  
31 Umgangs mit der SED-Diktatur, über den wir, aus Respekt vor unseren Bürgerrechtlerinnen und  
32 Bürgerrechtlern in der SPD, einen klaren innerparteilichen Diskurs führen müssen. Hierfür müssen  
33 alle drei beteiligten Parteien offen sein für einen neuen Umgang miteinander und mit der  
34 Vergangenheit.

35

36 In den vergangenen Jahren hat eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden, bei der  
37 viele Menschen auf der Strecke geblieben sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen  
38 die Möglichkeit haben ihr Leben in Würde in finanzieller Unabhängigkeit selbstbestimmt zu  
39 gestalten.

40 Hierfür ist es erforderlich der Bevölkerung ein Angebot für eine alternative, linke Politik zu  
41 unterbreiten.

42

43

44

45

46

47